

Lobbyismus entschärfen: Nebeneinkünfte veröffentlichen!



2005 hat der Bundestag eine Änderung des Abgeordnetengesetzes beschlossen und damit die Veröffentlichungspflichten von Nebentätigkeiten neuregelt. 2007 wurde die Änderung durch das Bundesverfassungsgericht als verfassungskonform bestätigt. Die Forderungen in diesem Offenen Brief sind daher nicht mehr vollständig aktuell und wurden weiterentwickelt.

Offener Brief

an die Parlamentarischen Geschäftsführer der Bundestagsfraktionen von SPD, Bündnis90/Grüne, CDU/CSU und FDP

Sehr geehrte Damen und Herren,

gemeinsam mit den Parlamentarischen Geschäftsführern der anderen Fraktionen verhandeln Sie in der kommenden Woche eine Neuregelung für den Umgang mit Nebeneinkünften von Parlamentariern.

Als Vertreter unterschiedlicher Gruppen der Zivilgesellschaft

- äußern wir mit diesem Brief unsere tiefe Besorgnis über den Vertrauensverlust, den die parlamentarische Demokratie durch die Skandale der vergangenen Wochen erlitten hat.
- glauben wir, dass dieser Vertrauensverlust nur durch ein aktives Bemühen ausgeglichen werden kann, aus dem Vorgefallenen zu lernen und sich für einen großen Schritt in Richtung von mehr Transparenz zu entscheiden.
- fordern wir Sie mit diesem Brief auf, sich dabei für eine Veröffentlichung von Nebeneinkünften zu entscheiden.

Über die Hälfte der Bevölkerung haben nach einer Forsa-Umfrage durch die bekannt gewordenen Nebeneinkünfte von Abgeordneten weiter Vertrauen in die Politik verloren. „Wes' Brot ich ess', des Lied ich sing“, ist eine Weise, die jedem Bürger aus eigener Erfahrung sofort einleuchtet. Gerade weil deshalb Parlamentarier mit Nebeneinkünften schnell unter Generalverdacht geraten, ist weitest mögliche Transparenz eine Grundbedingung für das Vertrauen zwischen den Bürgern und ihren Institutionen.

Wir fordern Sie auf, sich auf eine umfassende Offenlegung von Nebeneinkünften und Gehältern von Abgeordneten zu verständigen. Wählerinnen und Wähler müssen wissen, welche Abgeordneten ihre Belange und welche in erster Linie die Interessen einzelner Unternehmen oder Klientelgruppen vertreten. Nur wenn Bürger informiert sind, können sie ihre Funktion als entscheidendes Korrektiv in einer repräsentativen Demokratie ausüben.

Unter allen Bundestagsfraktionen scheint Einigkeit zu bestehen, auf die Skandale der vergangenen Wochen zu reagieren und die Regeln der parlamentarischen Arbeit zu verschärfen. Dabei wird diskutiert, Verstöße gegen das Abgeordnetengesetz stärker zu bestrafen und eine Meldepflicht auch für Gehälter aus Berufstätigkeiten gegenüber dem Bundestagspräsidenten einzuführen. Diese Schritte sind zu begrüßen. Sie reichen aber bei Weitem nicht aus. Denn sie machen den zweiten Schritt vor dem wichtigeren ersten. Um unrechtmäßig erworbene Einkünfte und

anderes Fehlverhalten ahnden zu können, müssen diese öffentlich bekannt werden. Dabei dürfen Bürgerinnen und Bürger nicht länger auf Indiskretionen und Enthüllungen angewiesen sein. Ähnlich wie in Großbritannien sollten die Wähler in Deutschland die Möglichkeit erhalten, sich genau über die außerparlamentarischen Einkünfte der Abgeordneten zu informieren.

Das Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages hat unsere Forderung nach einer Veröffentlichungspflicht untermauert. Es stellt fest, dass eine Offenlegung von Nebeneinkünften und Gehältern grundsätzlich verfassungsrechtlich unbedenklich ist. Im Gutachten werden die Einwände vorgebracht, dass Freiberufler und Unternehmer nicht zur Preisgabe von Berufsgeheimnissen und schutzwürdigen Informationen Dritter gezwungen werden dürfen. Diese sind leicht auszuräumen: Informationen etwa über Mandanten von Anwälten oder Beratern müssen von der Offenlegungspflicht ausgenommen bleiben. Unternehmer könnten zudem einen begründeten Antrag auf die Befreiung von der Veröffentlichungspflicht stellen, wie im Beschlusspapier des Bundesvorstandes der Grünen vorgeschlagen. Im Internet würde dokumentiert, warum der Abgeordnete einer Veröffentlichungspflicht nicht nachkommen kann oder will. Der Bürger entscheidet bei der nächsten Wahl, ob er das akzeptiert oder nicht.

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von Ihnen entschlossenes Handeln als Konsequenz der Skandale der letzten Wochen. Nutzen Sie die Chance, mit einer Offenlegung von Nebeneinkünften das verloren gegangene Vertrauen der Bürger wieder zurückzugewinnen. Von der Opposition erwarten wir die Bereitschaft, sich mit der Regierung auf mehr Transparenz zu einigen. Ein weitreichender Konsens aller Parteien würde sehr zur Vertrauensbildung beitragen.

Die Regierungsparteien fordern wir aber auf, sich nicht mit einer Lösung auf kleinstem gemeinsamen Nenner zufrieden zu geben. Für den Fall, dass keine parteiübergreifende Einigung zu Stande kommt, sollte eine Veröffentlichung von Nebeneinkünften und Gehältern mit Regierungsmehrheit durchgesetzt werden.

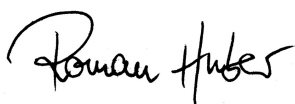
Mit freundlichen Grüßen



Dr. Hansjörg Elshorst
Transparency Deutschland (Vorstand)



Dr. Gerhard Timm
BUND (Geschäftsführer)



Roman Huber
Mehr Demokratie (Geschäftsführer)



Günter Metzges
Campact (Geschäftsführer)